Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten Mark, bei Postbestellung Mark zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 30 Goldpfennig, die 2 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 44 — 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" Wilsdruff-Dresden. Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag 21. Februar 1924

Ausnahmezustand oder Chaos?

Der Oberbefehlshaber der Reichswehr, Herr von Seeckt, hat in einem Schreiben dem Reichspräsidenten Ebert nahegelegt, den Ausnahmezustand zum 29. Februar 1924 zu beenden. Ab 1. März soll der ausnahmelose Zustand wieder in Geltung treten. Daß dieser Zustand so lose wie nur je zu werden droht, dahin deuten schon seit einigen Wochen allerlei Anzeichen. Die militärischen Fähigkeiten des Herrn von Seeckt in allen Ehren, — (ich kann sie nicht beurteilen) — seine Begabung für das so engmaschig verzwickelte Fach der Politik kann aber nicht hervorragend sein und seine Kenntnis der Volkspsyche rechtfertigt gleichfalls keine erste Note. Wenn aber das beides zutrifft, so darf Herr von Seeckt in einer Frage von so einschneidender Art nicht die Initiative ergreifen! — Herr von Seeckt wohnt in Berlin. Berlin ist der hauptsächlichste Resonanzboden seines Tuns. Berlin bestimmt sein Handeln, beeinflußt sein Denken, beschleunigt oder hemmt sein Urteil. Berlin ist aber nicht Deutschland, ist nicht Sachsen, nicht Bayern, vor allem nicht das flache Land und ganz besonders nicht das flache Land, dessen behäbige Eintönigkeit von soundsovielen und in sich verschiedenartigen industriellen Adern und Aederchen durchfurcht wird. Der Reichspräsident Fritz Ebert hat wohl noch keiner Anregung so „postwendend" zugestimmt wie dieser Seeckischen. Nun ja: Ebert ist Sozialdemokrat. Mag man ihm in Witzblättern und vor allem in den heute ihre besondere Rolle spielenden Faschingsnummern zuweilen auch monarchische Gelüste (auf eine Dynastie der Eberte in infinitum?) vorhalten oder nachrufen, so braucht man sich seiner jetzigen Blitztätigkeit nicht zu wundern. So rasch kann sich auch die Chamäleonisierung bei Ebert-Friedrich I. nicht vollziehen, daß er nicht noch im Banne seiner Steigbügelhalter Scheidemann-Noske-Bauer und Genossen stehen sollte. Oder sehnen sich beide, besonders Herr von Seeckt, nach Arbeit? Wir wollen es nicht hoffen, am allerwenigsten im eigenen Lande, gegen des eigenen Volkes Genossen! Denn für dieser Taten Drang wäre ja wohl auch anderswo oder vielmehr gegen andere Gelegenheit. . . .

Bayern hat sich ja die Selbstbestimmung über Aufhebung oder Beibehaltung des Ausnahmezustandes vorbehalten. Trotz angeblicher Einwirkung auf Bayern von reichswegen soll sie für den 1. März dort noch nicht in Frage kommen.

Wie aber steht es damit in Sachsen? — Sachsen hat sich zu fügen, wenn das Reich nicht Anderes bestimmt. Sachsen, das Land, in welchem die Zeit kurz vor dem Beginn des Ausnahmezustandes noch heute in aller Herzen und Gemüter, besonders aber den tausenden der Besitzer von Getreideböden und Kartoffelmieten ängstlich nachzittert, ist auf das Petitionieren und Wünschen um seine Verlängerung angewiesen. Weder in Berlin noch in der alten Messestadt Leipzig hallten nächtlicherweile die Straßen wider von Karren und Handwagen, Hundegespannen und ähnlichen Vehikeln, die zu Hunderten dahinrasselten, solange es nur noch etwas zu „ähren" oder zu „stoppeln" gab an Korn- und Hackfrüchten aller Art. Weder in Spree-Athen noch in „Klein-Paris" war die Knallerei zu hören, die allnächtlich das Nahen der „Aehrer" und „Stoppler" verriet, um sich — die Luft zu reinigen und damit unliebsame Störer ihres verbrecherischen Tuns ferne zu halten! — Herr von Seeckt aber wie sein Beifallstrampler vom „daitschen" Leipziger Tageblatt mögen sich einmal hierher bemühen, um sich von Anwohnern der mit diesen nächtlichen Auszüglern zumeist befahrenen Landstraßen die erforderlichen Aufklärungen zu verschaffen. Sie würden dann in ihrer Anheimstellung zur Aufhebung wie im frenetischen „Gebeifalle" zu dieser Maßnahme wohl etwas gemäßigter verfahren sein. Es entspringt einer von tieferem Verständnis zeugenden Begründung, wenn der sächsische Landeskulturrat in einem Bericht an das Wehrkreiskommando IV in Dresden um die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nachsucht bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte. Wenn derselbe dies Verlangen wiederholt bei dem deutschen Landwirtschaftsrat und dabei sagt: „Nur wenn die sächsischen Landwirte unbedingt Gewähr haben, daß sich die Zustände des Herbstes 1923 nicht wiederholen, werden sie in der Lage sein, den Kartoffelbau im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten. Es liegt deshalb auch im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung, daß weiterhin Ruhe und Ordnung im Lande herrscht." Haben Sie, Herr von Seeckt, und Sie, Herr Reichspräsident Ebert, das bedacht? Werden Sie es nun bedenken und sich über die Tragweite Ihres übereilten Fehlschlusses klar werden, nachdem Sie diesen Einwand gehört?? —

Die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtages, — der Bezirksverband Freiberg derselben Partei, — der deutschnationale Abgeordnete Grellmann in einem persönlich eingebrachten Antrage, — die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, — der geschäftsführende Ausschuß derselben Partei im Ausschuß des Wahlkreisverbandes Leipzig, — verschiedene andere Landes- und Kreisverbände der beiden genannten Parteien, — die sächsischen Industriellen und andere haben sich in gleichem Sinne bemüht. Immer mit schärfsten Protesten, immer mit der Betonung, daß sie „mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln" dagegen anzukämpfen bemüht sind.

Haben Sie, Herr von Seeckt und Herr Fritz Ebert, die Urteile von Freiberg in Sachsen und von andern Land- und Amtsgerichten gelesen, die, auf viele Jahre Gefängnis lautend, sich auf die Plünderungen der Felder und die blutigen Begleiterscheinungen dazu bezogen? — Lesen Sie nichts von den täglichen Berichten über Waffenfunde und über Bombenwürfe von Kommunistenführern und ihrer Anhängerschaften, von Zusammenstößen und Demonstrationen, Ausschreitungen und Unruhen, Ansammlungen und Terrorakten? Aus Pirna und Jena, aus Oelsnitz und Zwickau, Crimmitschau und Werdau, Aue und Schwarzenberg, Hohenstein-Ernstthal und Siegmar, Chemnitz, Oberfrohna, Hartmannsdorf und aus zahlreichen andern Orten der sächsisch-thüringischen Lande? —

Und das alles noch während der Zeit der Geltung des Ausnahmezustandes! Nach der Zeit aber, in der sein Fortbestehen in Frage stand, und nach der Zeit Ihres Briefes, Herr General von Seeckt, an den Präsidenten des Deutschen Reiches, Herrn Friedrich Ebert!

Der friedliebende Bürger und Landwirt, der nicht zur Schürung des Klassenhasses neigende Beamte und Angestellte, der der Ruhe bedürftige Arbeiter in sächsischen Landen entsinnt sich noch sehr wohl der Zeit, die in ihrer Unhaltbarkeit von Zuständen verwilderndster Art den Ausnahmezustand unentbehrlich machten. Sie alle erinnern sich auch der Ordnung zu erfreulicher Entwicklung, die er ihnen allen verschaffte. Sie alle auch bangen vor der Aufhebung! (Wer im Trüben fischen will, wem der Zustand von zurückkehrender und sich festigender Ordnung und Sitte, zu Arbeit und Wiederaufbau unerwünscht, — vom Bombenschleuderer bis zum Chefredakteur Goldstein des Ullsteinschen Leipziger Tageblattes —, dem ist der Fortbestand des Ausnahmezustandes freilich ein Dorn im Auge.) „Es ist — so schreibt eine führende Zeitung Sachsens von politisch nicht gerade zweifelsfreiem Gegenwartsruf — jedenfalls angesichts der jüngsten wüsten Rohheiten und Anschläge der Kommunisten durchaus begreiflich, wenn maßgebende Kreise die Reichsregierung vor Uebereilungen warnen!" F.

Die Reparationsfrage der Lösung nahe?

Die Frankenbaisse durch nichts gerechtfertigt.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Brüssel, 20. Februar. Hier verlautet, die Frankenbaisse sei durch nichts gerechtfertigt, die Reparationsfrage sei ihrer Lösung noch nie so nahe gebracht worden wie jetzt. „Times" mutmaßt, die Deutschen wollten die Entscheidung des Sachverständigenkomitees beeinflussen. Es herrscht die Auffassung, daß die belgisch-französischen Depotscheine nicht unerheblich zur baldigen Lösung der Frage beigetragen haben.

Die Wahlrechtsnovelle von der Regierung fallen gelassen.

Berlin, 19. Februar. Bekanntlich hat die Reichsregierung dem Reichsrat und dem Reichstag einen Entwurf einer Wahlrechtsnovelle zugehen lassen, von der man anfangs annehmen mußte, daß die Regierung auf seine Verabschiedung noch vor den Neuwahlen des Reichstages großen Wert legen würde. Wie die „T.-U." zuverlässig erfährt, ist mit der Beratung der Wahlgesetznovelle vor den Neuwahlen nicht zu rechnen. Maßgebend für die Regierung war hierbei außerdem noch, daß die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen auch in den Kreisen der Parteien schon soweit gediehen sind, daß eine Aenderung des Wahlgesetzes nur störend auf den glatten Verlauf der Vorbereitungsarbeiten wirken konnte.

Das deutsche Budget vor dem Währungsausschuß.

Paris, 20. Februar. Gestern nachmittag hielt außer dem Währungsausschuß des ersten Komitees auch der Ausschuß betreffend die deutschen Budgetfragen eine Sitzung ab. Wie der Generalsekretär der Reparationskommission dem Vertreter der Telegraphen-Union erklärte, sind die Arbeiten dieses Unterausschusses soweit fortgeschritten, daß er bereits heute abend seine Schlußfolgerungen formulieren wird. Das erste Komitee wird sich mit ihnen ausführlich in einer auf Sonnabend vormittag angesetzten Sitzung beschäftigen.

Verhaftungen in Wien.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Wien, 20. Februar. Gestern abend wurden hier 30 politische Persönlichkeiten verhaftet, darunter hauptsächlich Führer der sozialistischen Gewerkschaften.

Ausbau der englischen Luftflotte.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

London, 20. Februar. Vom Unterhause und dem Luftfahrministerium soll der Ausbau der Luftflotte in der Weise vorgenommen werden, wie ihn die Regierung vorgeschlagen habe.

Wechsel im britischen Kommando in Köln.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 20. Februar. Aus London wird mitgeteilt, daß General Godley, der die britischen Besatzungstruppen im Rheinlande befehligt, demnächst Köln verlassen wird. Als sein Nachfolger wird General Eiron Side genannt.

Die angeblich ins Ausland verschleppten Guthaben.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 20. Februar. Wie der „Petit Parisien" wissen will, sind die Sachverständigen zu dem Schluß gekommen, daß insgesamt 20 Milliarden Goldmark nach dem Auslande verschleppt worden sind.

Der Schlußbericht der Sachverständigen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 20. Februar. Was die Tätigkeit der englischen und französischen Eisenbahnsachverständigen anlangt, die bekanntlich mit Erhebungen über den Wert der Reichsbahnen betraut waren, so wird erklärt, daß ihre Berichte am Donnerstag abend vorliegen werden. In einer Vollsitzung wird der Sachverständigenausschuß Sonnabend vormittag die beiden Sachverständigen noch ein letztes Mal vernehmen und ihnen für die geleistete Arbeit seinen Dank abstatten. Im übrigen erklärt man, daß der Schlußbericht der beiden Sachverständigenausschüsse bei seiner Uebergabe an die Reparationskommission nicht sofort der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden wird. Man muß aber damit rechnen, daß die Reparationskommission diesen Schritt zu unternehmen beabsichtigt. Man erklärt, daß der Schlußbericht kaum vor der dritten Märzwoche beendet sein wird.

Dawes, Young und Poincare.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 20. Februar. Die Herren Dawes und Young haben gestern vormittag mit Poincaré eine zweistündige Unterredung gehabt. Man vermutet, daß amerikanische Stellen sich über den Schlußbericht geäußert haben.

Venizelos Regent von Griechenland.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Athen, 20. Februar. Für den Fall, daß der Regent zurücktritt, wird Venizelos selbst die Regentschaft in die Hand nehmen.

Die Micum-Verträge.

Gewiß, wir haben unsere Währung stabilisiert und sind vielleicht auf dem besten Wege, auch unseren Reichshaushalt durch Balancierung der Einnahmen und Ausgaben in Ordnung zu bringen, — aber man darf nicht vergessen, daß diese Stabilisierung der Währung und diese Balancierung des Etats nur erfolgen konnte, weil wir die gesamte Zahlung der Reparationsverpflichtungen ebenso eingestellt haben wie die Sachlieferungen. Schon die Zahlung der Besatzungskosten in Höhe von 360 Millionen Mark würde jeden Versuch einer Etatsbalancierung hoffnungslos machen. Vielmehr sind diese Zahlungen und Lieferungen, für die sich die Gesamtheit verpflichtet hat, einzelnen aufgebürdet worden, und zwar einmal dadurch, daß man der deutschen Exportindustrie die 26prozentige Einfuhrabgabe, die England von allen deutschen Importwaren erhebt, nicht ersetzt, und zum anderen vor allem durch die Micum-Verträge.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über diese beiden Probleme gesprochen, und hat dabei auf die Untragbarkeit dieser beiden Verpflichtungen hingewiesen, die der Zwang der Verhältnisse, nämlich das Unvermögen des Reiches selbst, diese Reparationslasten zu tragen, der deutschen Wirtschaft aufgebürdet hat, und die von der Ruhr- und Rheinindustrie übernommen werden mußten, weil sie sonst sofort wirtschaftlich vernichtet worden wäre, während sie durch Zustimmung zu diesen Verträgen mit der „Mission interalliée de controlle des usines et des mines", kurz „Micum" genannt, wenigstens bis zum 15. April noch einen Aufschub erlangen konnte. Denn nur diejenigen Werke, die sich zum Abschluß dieser Verträge bereit erklärten, durften ihren Betrieb wieder aufnehmen. Was nun diese Verträge untragbar macht, das ist die Verpflichtung zur Zahlung von Reparationsleistung, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten.

Zunächst müssen die Ruhrzechen 21 % ihrer Förderung an Frankreich, Belgien und Italien liefern, ohne dafür einen Pfennig zu erhalten; weiter müssen sie gleichfalls, ohne Bezahlung zu sehen, an die Besatzung Kohlen liefern, und schließlich noch 15 % der Förderung an die Regie, wofür diese den Preis festsetzt. Alle bis Ende September beschlagnahmten Haldenbestände müssen an die Micum abgeführt werden, und außerdem noch 15 Millionen Dollar „rückständige" Kohlensteuer an die Besatzungsmächte gezahlt werden. Für jede Tonne künftig verkaufter Kohle zahlt die Zeche an Frankreich 8 Frank.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF